

# Kita beitragsfrei: Es bleibt dabei!

**DIE LINKE sammelt Unterschriften gegen Gebührenerhöhungen**

„Das geht doch gar nicht!“, empört sich Olaf Glaser (Name geändert). Der 66 Jahre alte Rentner steigt vom Rad. Es ist 15 Uhr und er holt wie jeden Tag seine zwei Enkelkinder aus der Kindertagesstätte in Arnstadt ab.

Vor dem Eingang spricht ihn Carolin Rüffert an. Sie ist Mitglied der Linkspartei und informiert ihn, dass die rot-rot-grüne Landesregierung ab dem 1. Januar 2018 das letzte Beitragsjahr in den Kindertagesstätten beitragsfrei macht. Sie berichtet ihm auch, dass der Stadtrat in Arnstadt aber diesen Schritt nicht umsetzen wird und sogar eine Erhöhung der Gebühren angekündigt hat.

In Arnstadt soll es also nach dem Willen einer konservativen Stadtratsmehrheit sogar teurer werden, seine Kinder in der Kita betreuen zu lassen. Und das, obwohl die Landesregierung den Kommunen in Thüringen das notwendige Geld zur Verfügung stellt – insgesamt 70 Millionen Euro. Glaser rechnet schnell nach: „Mensch, ein beitragsfreies Jahr für den Großen – das wären ja 1.440 Euro, die meine Tochter und ihr Mann im Jahr zur Verfügung hätten – das wäre ja endlich mal der Urlaub, den die Familie so dringend braucht. Und nun wollen die das hier in Arnstadt nicht weitergeben – obwohl sie die Kohle bekommen – im Stadtsäckel sich also keine Löcher auf-tun?“

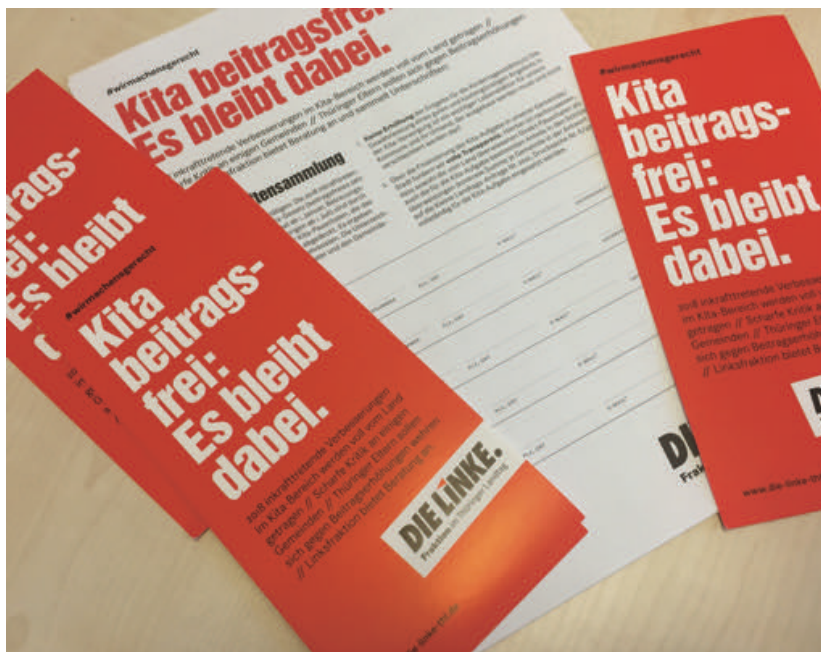
Das sei so, informiert Rüffert den rüstigen Rentner. Und sie bittet ihn um seine Unterschrift, um das zu verhindern: Kita beitragsfrei - es bleibt dabei! DIE LINKE im Thüringer Landtag sammelte in den letzten Wochen Unterschriften, um auch die Verwaltung in Arnstadt davon zu überzeugen, dass das beitragsfreie Kitajahr unverzüglich umgesetzt werden muss. Glaser unterschreibt – nicht ohne Carolin Rüffert und ihren Genossen für den Einsatz in der Winterkälte zu danken.

## Machen statt Meckern!

**Die Stärkung und Durchsetzung der Rechte von BürgerInnen und den Interessen der Menschen ist ein Kernanliegen linker Politik.**

DIE LINKE im Thüringer Landtag möchten die Möglichkeiten direkter Demokratie auf Landes- und Kommunalebene aufzeigen und mit Ihnen darüber diskutieren, wie mehr Mitbestimmung möglich ist. Dazu laden wir zu der Veranstaltung „Machen statt Meckern!“ ein. Mit dabei sind VertreterInnen von Bürgerinitiativen sowie Einzelpersonen, die von ihren persönlichen Erfahrungen mit Bürgerbegehren und Petitionen berichten.

Die TeilnehmerInnen des Podiums:



Häufig bei den Unterschriftensammlungen dabei: Landtagsabgeordneter Frank Kuschel, der in Veranstaltungen mit dem bildungspolitischen Sprecher der Fraktion, Torsten Wolf, die Eltern über das Vorgehen des Stadtrats informiert. Sie geben einen Überblick über die Situation, praktische Tipps und versprechen, sich gemeinsam mit ihrer Partei in Arnstadt für die Verwirklichung einzusetzen. Doch nicht nur in Arnstadt wurden Eltern von den Kommunalverwaltungen oder den Trägern falsch informiert.

Auch in anderen Kommunen hieß es, das neue Kita-Gesetz bringe Gebührenerhöhungen – eine grobe Lüge. Dagegen wehren sich Eltern mit Erfolg. In Kahla setzt sich auf Einladung der Eltern der zuständige Minister Helmut Holter (DIE LINKE) mit dieser Falschbehauptung auseinander. Er bekräftigte, dass die Landesregierung die Verbesserungen durchfinanziert sind – neben dem beitragsfreien Kitajahr auch mehr Leitungspersonal ab dem 1. Januar 2018 und ein verbesserter Betreuungs-

schlüssel für die Überdreijährigen ab dem 1. Juli 2018. Für die Kommunen ergeben sich keine Mehrkosten. In mancher Gemeinde in Thüringen, so auch in Wutha, konnten die Erhöhungsbegehren durch die Verwaltungen durch gut informierte Eltern abgeschmettert werden. Danke an die Eltern, die sich so für ihre Kinder einsetzen!

In Arnstadt sammeln Carolin Rüffert und Frank Kuschel weiter Unterschriften. Sie fordern, dass es keine Erhöhung der Entgelte gibt und die volle Transparenz über die Finanzierung der Kita-Aufgabe. Dabei ist nachzuweisen, so Kuschel, der selber auch Elternvertreter ist, dass die vom Land überwiesene Direkt-Pauschale auch in Arnstadt vollständig für die Kita-Aufgabe eingesetzt wird. Und um die Verantwortlichen in der Stadt zu bewegen, braucht es den Druck der Eltern. Dazu sind viele, viele Unterschriften nötig.

Rainer Benecke

## Nebenbei NOTIERT

Gastbeitrag von **Stefan Wogawa**

### Opposition ist was?

Der Satz „Opposition ist Mist“ stammt vom ehemaligen SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering, der ihn während eines Sonderparteitags am 21. März 2004 äußerte. Müntefering ist ansonsten nicht als begnadeter Aphoristiker bekannt. Sein Bonmot von 2009, „Ich bleibe dabei: Dass wir oft an Wahlkampfaussagen gemessen werden, ist nicht gerecht“, wirkt eher unfreiwillig komisch – oder tragisch, je nachdem.

Das Wort Opposition selbst stammt vom lateinischen „oppositio“, was „Entgegensetzung“ oder „das Entgegengesetzte“ meint. Das lateinische „opponere“ bedeutet „sich entgegenstellen“. In der Politik ist die Opposition also schlicht die personifizierte Konkurrenz der Regierung. In der Thüringer Landesverfassung wird auf deren große Bedeutung verwiesen: „Parlamentarische Opposition ist ein grundlegender Bestandteil der parlamentarischen Demokratie“ (Artikel 59). Oppositionsfraktionen haben nach Landesverfassung nicht nur „das Recht auf Chancengleichheit“ sondern auch „Anspruch auf eine zur Erfüllung ihrer besonderen Aufgaben erforderliche Ausstattung“.

Wie alles menschliche Tun kann Opposition gut oder schlecht, geschickt oder ungeschickt ausgeführt werden. Der spanische Jesuit und Moralphilosoph Baltasar Gracián y Morales hat einmal gesagt: „Ein Weiser nutzt seine Feinde besser als ein Narr seine Freunde“. In einem aktuellen Doppelinterview in der Wochenzeitung „Die Zeit“ (3/2018) äußert sich einer der Befragten, der Ehrenvorsitzende der größten Oppositionspartei in Thüringen, Bernhard Vogel (CDU), in Richtung des zweiten Interviewten, Mike Mohring. Dabei definiert er sehr anschaulich: „Eine Opposition ist dazu da, zu kritisieren. Aber sie darf sich nicht aufs Wadenbeißen konzentrieren, Mike, sondern muss Alternativen aufzeigen.“ Dem ist kaum etwas hinzuzufügen.

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG ([www.unz.de](http://www.unz.de)).

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph, Paul Wellsow (V.i.S.d.P.)  
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: [wellsow@die-linke-thl.de](mailto:wellsow@die-linke-thl.de)  
Internet: [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.

Anja Müller (Landtagsabgeordnete und Sprecherin für Petitionen und Bürgeranliegen der Linksfraktion), Ronald Hande (Landtagsabgeordneter und Mitglied im Petitionsausschuss der Linksfraktion), Eckhard Bauerschmidt (Aktionsbündnis Rekommunalisierung Abfallwirtschaft im Ilm-Kreis), Detlef Wagner (Bürgerinitiative Hirnzigenpark) sowie Roland Büttner, der sich mit einer Petition dafür eingesetzt hat, dass im Stadtrat Erfurt Einwohnerfragestunden auch über Videoaufzeichnungen im Internet abrufbar sind.

**Dienstag, 23. Januar 2018, 18 Uhr, „Franz Mehlhose“, Leberstraße 12, Erfurt**